

**AUSWAHL EINES BEDIENSTETEN AUF ZEIT FÜR DIE GENERALDIREKTION  
KOMMUNIKATION (GD COMM)**

Die Europäische Kommission führt ein externes Auswahlverfahren zur Besetzung der Stelle eines Beraters/einer Beraterin für institutionelle Kommunikationskampagnen in der Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) durch, der/die der Direktion B „Strategie und Corporate Communication“ zugeordnet ist. Dienstort ist Brüssel, Belgien.

**1. ART DER TÄTIGKEIT**

Der Berater/Die Beraterin für institutionelle Kommunikationskampagnen hat u. a. folgende Aufgaben:

- Beratung der für institutionelle Kommunikation und Strategie zuständigen Direktorin in Bezug auf die Strategie für institutionelle Kampagnen, einschließlich des Konzepts, der Gestaltung und Durchführung institutioneller Kampagnen, der Planung und Beschaffung von Medien sowie der Begleitung und Bewertung der Kampagnen
- Beratung der Direktorin in Bezug auf einen kohärenten Ansatz hinsichtlich politischer und institutioneller Kommunikationskampagnen
- Beratung der Direktorin und des Personals der Direktion in finanziellen und vertraglichen Fragen und in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Auftragnehmern
- Beratung der Direktorin in Bezug auf die Durchführung institutioneller Kommunikationsmaßnahmen und die Information der Bürgerinnen und Bürger
- Vertretung der Direktion in internen und externen Sitzungen

**2. ART UND LAUFZEIT DES VERTRAGS**

Bei erfolgreicher Bewerbung kann ein Vertrag als Bediensteter/Bedienstete auf Zeit gemäß Artikel 2 Buchstabe a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (BBSB)<sup>1</sup> im Einklang mit dem Beschluss der Kommission vom 16. Dezember 2013 über Strategien für die Einstellung und den Einsatz von Bediensteten auf Zeit<sup>2</sup> angeboten werden. Der Vertrag hat zunächst eine Höchstlaufzeit von vier Jahren, kann aber um bis zu zwei Jahre verlängert werden.

Die Höchstlaufzeit des Vertrags richtet sich ferner nach den einschlägigen Bestimmungen des Beschlusses der Kommission vom 16. Dezember 2013 zur Änderung des Beschlusses der Kommission vom 28. April 2004 über die Höchstdauer der Beschäftigung nicht ständiger Bediensteter (sieben Jahre innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren).<sup>3</sup>

**DIENSTORT** Brüssel, BELGIEN

**BESOLDUNGSGRUPPE** AD13

---

<sup>1</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20220101&qid=1658175487592>

<sup>2</sup> [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2013\)9049&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2013)9049&lang=de)

<sup>3</sup> [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2013\)9028&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2013)9028&lang=de)

### 3. ZULASSUNGSBEDINGUNGEN

#### 3.1. Zulassungskriterien

Um zur Auswahlphase zugelassen zu werden, müssen die Bewerber/innen **vor Ablauf der Bewerbungsfrist** folgende formale Anforderungen erfüllen:

- Staatsangehörigkeit: Sie müssen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen.
- Hochschulabschluss: Die Bewerber/innen müssen Folgendes nachweisen:
  - entweder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens 4 Jahren entspricht,
  - oder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens 3 Jahren entspricht, und eine mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung (diese einjährige Berufserfahrung kann nicht auf die weiter unten geforderte, nach dem Hochschulabschluss erworbene Erfahrung angerechnet werden).
- Berufserfahrung: Die Bewerber/innen müssen nach ihrem Hochschulabschluss mindestens 15 Jahre Berufserfahrung<sup>4</sup> auf einer Ebene gesammelt haben, für die die vorstehend genannten Qualifikationen Voraussetzung sind.
- Sprachen: Die Bewerber/innen müssen über gründliche Kenntnisse einer Amtssprache der Europäischen Union<sup>5</sup> und ausreichende Kenntnisse einer weiteren Amtssprache verfügen. Die Auswahlausschüsse überprüfen während des Gesprächs, ob die geforderten ausreichenden Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache vorhanden sind. Das Gespräch (oder ein Teil davon) kann deshalb in dieser weiteren Sprache geführt werden.
- Altersgrenze: Bewerber/innen dürfen das reguläre Ruhestandsalter noch nicht erreicht haben, das für Beamte/Beamtinnen der Europäischen Union am letzten Tag des Monats beginnt, in dem das 66. Lebensjahr vollendet wird (siehe Artikel 52 Buchstabe a des Statuts<sup>6</sup>).

#### 3.2. Eignungskriterien

Wir suchen Bewerber/innen mit folgendem Profil:

##### **Fachkenntnisse und Erfahrung**

- Erfahrung mit politischen Kommunikationsmaßnahmen zur Sensibilisierung und Information der Bürgerinnen und Bürger, vorzugsweise einschließlich Erfahrung in Kommunikationsagenturen, Verlagen, nationalen Behörden oder internationalen Organisationen
- Geschick für interadministrative Zusammenarbeit

---

<sup>4</sup> Berufserfahrung wird nur dann berücksichtigt, wenn sie im Rahmen eines tatsächlichen Arbeitsverhältnisses gesammelt wurde, das als reale, echte und bezahlte Arbeit eines Arbeitnehmers (jede Art von Vertrag) oder Dienstleistungserbringers definiert war. Teilzeitarbeit wird anteilig auf der Grundlage des bescheinigten Prozentsatzes der geleisteten Vollzeitstunden angerechnet. Mutterschafts-, Eltern- oder Adoptionsurlaub wird berücksichtigt, falls dieser im Rahmen eines Arbeitsvertrags genommen wurde. Promotionen – auch unbezahlt – werden, sofern sie erfolgreich abgeschlossen wurden, der Berufserfahrung gleichgestellt (maximal 3 Jahre). Ein und derselbe Zeitraum kann nur einmal angerechnet werden.

<sup>5</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01958R0001-20130701>

<sup>6</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20140701>

- ausgezeichnete Kenntnis von Kommunikationsinstrumenten, einschließlich digitaler Instrumente, Kommunikation auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene
- gute Kenntnis der politischen Kommunikationsprioritäten und -praktiken, Erfahrung mit politischen Kommunikationskampagnen wäre von Vorteil
- Erfahrung im Projektmanagement

#### **Kenntnisse im Bereich Beratung**

- Beratungskompetenz auf der Grundlage umfassender Kenntnisse von Unternehmenskampagnen
- Fähigkeit, die Leistung anhand der Ziele zu bewerten und angemessene Rückmeldungen zu geben
- Fähigkeit zur Leistung hochwertiger Unterstützung und Beratung

#### **Persönliche Kompetenzen**

- ausgezeichnete Kommunikationsfähigkeit in Wort und Schrift, um wirksam und fließend mit internen und externen Beteiligten zu kommunizieren
- Kreativität und Fähigkeit, neue Konzepte und Ideen zu entwickeln
- Fähigkeit, Probleme zu erkennen und effizient zu lösen, um Fristen einzuhalten und qualitativ hochwertige Ergebnisse zu erzielen
- Initiativgeist
- Flexibilität bei der Anpassung an neue Situationen

## **4. AUSWAHL UND ERNENNUNG**

Das Auswahlverfahren besteht aus drei getrennten, aufeinanderfolgenden Phasen:

### **4.1. Vorauswahl**

#### **4.1.1. Vorauswahl anhand der Qualifikationen**

Der gemäß Artikel 2 Buchstabe c des Beschlusses der Kommission vom 16. Dezember 2013 über Strategien für die Einstellung und den Einsatz von Bediensteten auf Zeit zusammengesetzte Auswahlausschuss trifft auf der Grundlage der Qualifikationen und der Berufserfahrung eine Vorauswahl. Zu diesem Zweck müssen die Bewerber/innen drei Dokumente vorlegen:

- a) ein ausgefülltes Bewerbungsformular,
- b) einen Lebenslauf und
- c) ein Bewerbungsschreiben.

Damit der Vorauswahl-Ausschuss über die Zulässigkeit der Bewerbungen entscheiden kann, werden die Bewerber gebeten, in den Dokumenten Folgendes deutlich anzugeben:

- a) zum Hochschulstudium: Beginn und Ende, Regelstudienzeit, genauer Titel des erworbenen Abschlusses;
- b) Berufserfahrung: Beginn und Ende jeder Beschäftigung und Art der Aufgaben.

Fehlt eines der drei oben genannten Dokumente oder werden die Dokumente nicht fristgerecht vorgelegt, so ist die Bewerbung nichtig.

Diese Stufe führt zum Ausschluss unzulässiger Bewerbungen und zur Vorauswahl der Bewerber/innen, die zur Auswahlstufe eingeladen werden (siehe Abschnitt 4.2).

Die nachstehend in Abschnitt 4.1.2 genannten Nachweise sind in dieser Stufe noch NICHT erforderlich. Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt im Auswahlverfahren verlangt (siehe Abschnitt 4.1.2).

#### **4.1.2 Belege**

Vor dem in Abschnitt 4.2 genannten Vorstellungsgespräch müssen die Bewerber/innen, die die Vorauswahl erfolgreich durchlaufen haben, offizielle Nachweise für die Angaben in Bewerbungsformular, Lebenslauf und Bewerbungsschreiben erbringen. Werden diese Nachweise nicht innerhalb der in der Einladung zum Vorstellungsgespräch genannten Frist vorgelegt, so ist die Bewerbung nichtig.

Die folgenden Nachweise sind nur von jenen Bewerbern vorzulegen, die zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden:

- Kopie eines Staatsbürgerschaftsnachweises (Personalausweis oder Reisepass)
- Kopien von Hochschuldiplomen oder Zeugnissen des geforderten Ausbildungsniveaus
- Beschäftigungsnachweise, aus denen die Dauer der Berufserfahrung hervorgeht

Diese Nachweise müssen klar und deutlich Aufschluss über die einzelnen Zeiträume geben (Datum der Aufnahme und der Beendigung der Tätigkeit), in denen die im Rahmen des Auswahlverfahrens zu berücksichtigende Berufserfahrung jeweils erworben wurde. Zu diesem Zweck sollten die Bewerber/innen vorzugsweise die Beschäftigungsnachweise des derzeitigen Arbeitgebers und früherer Arbeitgeber einreichen. Ist dies nicht möglich, werden beispielsweise auch Kopien folgender Dokumente akzeptiert: Arbeitsverträge mit der ersten und der letzten Gehaltsabrechnung sowie – bei Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr – mit den Abrechnungen des jeweils letzten Monats der einzelnen Zwischenjahre, Einstellungsschreiben oder -urkunden mit der letzten Gehaltsabrechnung, Bescheinigungen über Beschäftigungszeiten, Steuererklärungen.

Die geforderten Nachweise sind für die endgültige Zulassung der Bewerbung unerlässlich. Werden diese Nachweise nicht innerhalb der im Vorauswahlschreiben und der Einladung zum Vorstellungsgespräch genannten Frist vorgelegt, so ist die Bewerbung nichtig.

Bei Zweifeln hinsichtlich der Art oder Gültigkeit der vorzulegenden Dokumente können sich die Bewerber/innen bis spätestens zehn Arbeitstage vor Bewerbungsschluss unter folgender E-Mail-Adresse mit dem Sekretariat des Auswahlausschusses in Verbindung setzen:

[HR-2022-COMM-ADVISER@ec.europa.eu](mailto:HR-2022-COMM-ADVISER@ec.europa.eu)

Auf diese Weise soll den Bewerber/innen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Bewerbungsunterlagen fristgerecht, vollständig und ordnungsgemäß zusammenzustellen.

Der/Die erfolgreiche Bewerber/in hat zum gegebenen Zeitpunkt zwecks Feststellung der Übereinstimmung die Originale seiner/ihrer Unterlagen vorzulegen.

## **4.2. Auswahl**

Die nach der Zulassungsphase ausgewählten Bewerber/innen werden zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen, in dem sie auf der Grundlage ihrer Qualifikationen, ihrer Berufserfahrung und ihrer Sprachkenntnisse einer objektiven und unparteiischen Bewertung unterzogen werden.

Die Liste der erfolgreichen Bewerber/innen ist anschließend höchstens zwei Jahre gültig. Ihre Geltungsdauer kann verlängert werden.

## **5. BEWERBUNGEN**

Das Bewerbungsformular, dem ein Lebenslauf und ein Bewerbungsschreiben beigelegt sind, aus denen hervorgeht, wie die unter Punkt 3.2.2 aufgeführten Kriterien erfüllt werden, ist an folgende Anschrift zu senden:

[HR-2022-COMM-ADVISER@ec.europa.eu](mailto:HR-2022-COMM-ADVISER@ec.europa.eu)

Die Bewerber/innen werden gebeten, ihre Bewerbung als ZIP- oder PDF-Datei in einer einzigen E-Mail zu versenden. Die Kommission behält sich die Möglichkeit vor, sämtliche Bewerbungen mit einem Umfang von mehr als 2 MB automatisch zu löschen.

Nach dem Ende der Bewerbungsfrist dürfen an den Daten im Bewerbungsformular keine Änderungen mehr vorgenommen werden. Nach dem Ende der Bewerbungsfrist dürfen keine Berichtigungen mehr vorgenommen werden.

Die Bewerber/innen sollten für ihren gesamten Schriftwechsel mit dem Auswahlausschuss und für alle Fragen zum Auswahlverfahren dieselbe vorstehend genannte E-Mail-Adresse nutzen. Es obliegt der Bewerberin/dem Bewerber, das Sekretariat des Auswahlausschusses von eventuellen Änderungen der E-Mail-Adresse während des Auswahlverfahrens zu unterrichten.

Bewerbungsschluss ist der **28.11.2022, 12.00 Uhr (mittags Ortszeit Brüssel)**.

## **6. ZUSATZINFORMATIONEN**

Diese Bekanntmachung des Auswahlverfahrens wird in den 24 Amtssprachen der Europäischen Union auf den Websites der Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) und des Europäischen Amtes für Personalauswahl (EPSO) veröffentlicht.

### **Schriftwechsel mit den Bewerber/innen**

Eine direkte Kommunikation zwischen den Bewerber/innen und den Kommissionsdienststellen erfolgt ausschließlich per E-Mail. Um den Dienststellen der Kommission die Kontaktaufnahme zu den Bewerber/innen zu ermöglichen, werden diese aufgefordert, eine gültige E-Mail-Adresse anzugeben, die während der gesamten Dauer des Auswahlverfahrens genutzt werden kann.

Die Arbeiten der Auswahlausschüsse sind vertraulich. Es ist den Bewerber/innen untersagt, sich persönlich oder über Dritte an einzelne Mitglieder dieser Ausschüsse zu wenden. Alle Anfragen sind an das Sekretariat des jeweiligen Ausschusses zu richten.

## **Chancengleichheit**

Im Einklang mit Artikel 1d verfolgt die Europäische Kommission eine Politik der Chancengleichheit und akzeptiert Bewerbungen ohne Ansehen des Geschlechts, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Überzeugungen, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung und begrüßt besonders Bewerbungen von Frauen.

## **Schutz personenbezogener Daten**

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass die personenbezogenen Daten der Bewerber/innen gemäß den Anforderungen der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>7</sup> verarbeitet werden. Dies gilt insbesondere für die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser Daten.

---

<sup>7</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).